

Interessengemeinschaft legt alternatives Bäderkonzept vor

Die Interessengemeinschaft Essener Sportvereine legt ein alternatives Bäderkonzept vor, das sich am Bedarf der Vereine, der Schulen und der Öffentlichkeit orientiert. Zugleich werden mit diesem Konzept die Sünden der Vergangenheit, die zu einem gewaltigen Investitionsstau in der Essener Bäderlandschaft geführt haben, korrigiert.

Eckpunkte des Konzepts sind die Versorgung des Essener Nordens und Westens mit einer ganzjährigen Bademöglichkeit, die im Sommer auch als Freibad genutzt werden kann (Kombibad), sowie der Ersatz des Hauptbads durch ein weiteres Kombibad, das sich an den Bedürfnissen, der Schulen, der Familien und der Vereine orientiert.

Die Oase soll zum Stadtteilbad zurück-

gebaut werden, damit sollen ebenfalls die „Leuchtturmprojekte“ der Vergangenheit, die zu einer massiven Erhöhung der Betriebskosten geführt haben, korrigiert werden, ohne die Oase zu schließen.

Unter dem Strich würde durch die Schließung von Hesse und Hauptbad, mit Ersatz durch Kombibäder auch dem Rückgang der Bevölkerung Rechnung getragen, da das Konzept eine um 1000 m² verringerte Wasserfläche vorsieht. Durch die ganzjährige Nutzungsmöglichkeit der beiden neuen Bäder können gleichzeitig höhere Besucherzahlen erreicht werden.

„Unser Konzept sieht aber auch die Instandsetzung aller übrigen Bäder vor, so dass am Ende eine Bäderinfrastruktur steht, die auf die Zukunft gerichtet ist und sich an den Bedürfnissen der Menschen

orientiert und nicht an Sparvorgaben, die am grünen Tisch erarbeitet wurden. Mit der Schließung von Kuhlhoff- und Nöggerathbad im Jahr 2001 wurde in Essen schon mehr als genug gespart, es kann nicht sein, dass es in unserer Stadt keine Freibademöglichkeit nördlich der A40 mehr gibt“, so Rolf Grotjohann, Sprecher der Interessengemeinschaft.

„Wir hoffen sehr, dass die Politik den Mut zu einem Neuanfang aufbringt. Mit einer Bezuschussung von 8,- Euro pro Badbesuch, wie in der Vergangenheit, ist das Alternativkonzept machbar. Das sollte die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wert sein, gerade auch, wenn man dies mit den Zuschüssen zum Beispiel im Bereich der Hochkultur vergleicht, die ein Vielfaches davon betragen.“

Gemeinsamer Widerstand jetzt erst recht – Solidarität ist angesagt

Die Zeiten als man im Essener Norden alles machen konnte sind endgültig vorbei



Wann und wo war die Demo usw. usw

rotlicht sprach mit Herrn Peter Wallutis, dem Sprecher der Stadtteilkonferenz Vogelheim in Sachen Verkehr und Feinstaubbelastung.

rotlicht: Die Bezirksregierung hat die Müllverbrennungsanlage Harmuth genehmigt. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für

die Menschen hier vor Ort?

Peter Wallutis: Leider hat die Bezirksregierung, trotz heftiger Bürgerproteste die Verbrennungsanlage genehmigt. 4 000 Einwendungen von besorgten Bürgern haben der Vernunft leider nicht zum Durchbruch verholfen. Den Belangen von

Herrn Harmuth wurde mehr Gewicht beigemessen als der Gesundheit von vielen Bürgern.

Das Gebiet um das Econova-Gelände gehört zu den am höchsten belasteten Gebieten im Ruhrgebiet. Schon bestehende Industrie und hohes Verkehrsaufkommen belasten die Menschen hier schon stark.

Auf der einen Seite startet der Regierungspräsident hier einen Aktionsplan zur Luftreinhaltung, andererseits genehmigt er jetzt eine Verbrennungsanlage. Das ist für die betroffenen Menschen unverständlich.

Die Gesundheit der hier lebenden Menschen ist durch viele Faktoren gefährdet, unter anderem durch die hohen Feinstaubkonzentrationen.

rotlicht: Feinstaub – was ist so gefährlich daran?

Peter Wallutis: Die extrem kleinen Fein-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung Titelseite: **Gemeinsamer Widerstand jetzt erst recht – Solidarität ist angesagt**



Peter Wallutis, Sprecher der Stadtteilkonferenz Vogelheim (Links). Patrik Köbele, Ratsherr der DKP (Rechts) spendete spontan 100 Euro für die Prozesskosten

01.03.2008 vor dem Harmuth-Betriebsgelände jetzt noch Sinn?

Peter Wallutis: Natürlich haben die Bürgerproteste noch einen Sinn. Bisher haben Verwaltung und Politik immer darauf bauen können, dass die Bürgerproteste nach einiger Zeit aufhörten. Das darf jetzt nicht passieren, der Protest muß weitergehen.

Die Bürger müssen sich zu Wort melden, bei der Bezirksvertretung, bei den Ratsmitgliedern, den Landtagsabgeordneten, durch Leserbriefe bei den Zeitungen. Auch für die Zukunft müssen wir klar machen, dass die Zeiten als man im Essener Norden alles machen konnte endgültig vorbei sind.

rotlicht: Sie haben jetzt Klage vor dem Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingereicht?

Peter Wallutis: Meine Frau und ich sind zwar die Kläger vor dem Verwaltungsgericht, aber wir stehen natürlich nicht allein. Wir haben eine starke Unterstützung zum Beispiel vom Borbecker Bürger- und Verkehrsverein, der Stadtteilkonferenz Vogelheim und einigen Bürgern. Ohne diese starke Unterstützung hätten wir uns auf das Risiko einer Klage nicht eingelassen. Über den Borbecker Bürger- und Verkehrs-

verein sammeln wir Spenden um die Gerichtskosten zu decken, wir freuen uns über jede Spende, sei sie auch noch so klein. Das gesammelte Geld wird ausschließlich für die Prozesskosten verwendet.

DKP Vor Ort: Der Rote Osterhase war da!



Wie jedes Jahr hat auch 2008 der Rote Osterhase der DKP wieder seine fröhliche Ostereiersuche gestartet. Trotz des schlechten Wetters beteiligten sich viele Kinder samt Eltern daran.

Für viele Kinder ein Lichtblick, in einer Zeit, in der es für sie in unserer Stadt immer düsterer wird, denn immer mehr Eltern haben Schwierigkeiten, Ihren Kindern auch nur das Nötigste zu bieten. Hartz IV, steigende Preise und ein immer weiter zurück gehendes soziales Angebot sind einige der Gründe dafür. Auch DKP-Ratsherr Patrik Köbele hat den Roten Osterhasen begleitet und stand den Eltern zum Gespräch zur Verfügung. „Hier muss gehandelt werden deshalb ist die Einführung eines Sozialtickets für die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel und soziale Angebote längst überfällig“, ließ er die

staubpartikel dringen durch die Lungenbläschen in die Blutbahn ein und lagern sich in den Blutgefäßen ab. Dadurch steigt das Herzinfarkt und Schlaganfallrisiko deutlich an. Feinstaub ist in der EU für ca. 50 000 Todesfälle im Jahr verantwortlich. Im Essener Norden sind die Feinstaubwerte durchgängig zu hoch. In dieser Situation genehmigt nun der Regierungspräsident eine neue Feinstaubquelle.

rotlicht: Wie können sich die Menschen jetzt noch wehren? Haben Bürgerproteste wie am

Anzeige

1. MAI FEIER

kein Platz mehr für 1. Mai Artikel

Bürgerhaus Oststadt ★ Freitag, 25. April 2008 ★ Beginn: 19.00 ★ Einlass 18.00 Uhr
 Begrüßung durch Patrik Köbele, Ratsherr der DKP **consensus** die > Reggae > Dub >
 Polka > Folk > Band Türkische Tanzgruppe ★ Essen & Trinken zu volkstümlichen Preisen
 Politik, Schwoof ★ Karten im Vorverkauf: 5 € Abendk.: 6 € erm.: 3 € ★ DKP Essen,
 Hoffnungstr. 18 Tel.: 0201-23 56 45 www.dkp-essen.de ★ dkp.essen@dkp-essen.de

DKP

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
 DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
 E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Geschäftsführer sollen Gehälter offen legen

Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF einstimmig angenommen

Einstimmig hat der Rat in seiner Sitzung im Februar einen Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF beschlossen, nach dem die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften dazu aufgefordert werden sollen, ihre Gehälter offen zu legen. Der Antrag wurde von der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF vor dem Hintergrund der Debatte um die Höhe von Managergehältern und die unrechtmäßige Zuerkennung von Abfindungen und Prämien gestellt.

„Mit dem Beschluss des Rates ist der erste Schritt zu mehr Transparenz gemacht“, so Ratsherr Patrik Köbele. „Jetzt müssen wir abwarten, wie viele Ge-

schäftsführer der städtischen Beteiligungsgesellschaften und eigenbetrieb-sähnlichen Einrichtungen der Aufforderung auch wirklich nachkommen.“

Die Geschäftsführer zur Offenlegung ihrer Gehälter zwingend zu verpflichten, liegt bei bestehenden Arbeitsverträgen nicht in der Möglichkeit des Rates. Einstimmig verabschiedet wurde der Antrag auch deshalb, weil CDU und Grüne diese Forderung in ihrem Koalitionsvertrag von 2004 haben. In dieser Richtung tätig geworden sind sie bisher jedoch nicht. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF erzwang dies nun.

Kinderferien 2008: Mit der DKP Frankreich erleben



20. Juli - 2. August 2008 14 tolle Tage für nur 215 Euro. Für alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren. Das Kinderferienlager 2007 der DKP führt wie in den vergangenen Jahren nach Nordfrankreich. Nur 4 Kilometer von der Küste des Ärmelkanals entfernt, zwischen dem „Cap Blanc Nez“ und dem „Cap Griz Nez“. Das Zeltlager der DKP befindet sich auf einem extra abgeteilten Gelände des Campingplatzes

„Les Epinettes“. Unser Programm Badevergnügen an der Kanalküste • Lagerfeuer • Neptun- oder Waldfest • attraktive Ausflüge, z. B. Freizeitpark Bellewaerde in Belgien und Besuch der Hafenstadt Boulogne.

Infos und Anmeldung:
DKP Essen, Hoffnungstr. 18
Tel. 0201-23 56 45
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de
oder Jürgen Beese, Stankeitstr. 61,
Tel. 360 23 35



Vorn./Name des Kindes:

Geburstag:

Straße/Hausnummer:

PLZ Ort:

ausgefüllt abschieken: DKP Essen, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

kurz & knapp

Was den Menschen dient – darf nichts kosten ?

So sehen das wohl CDU und Grüne. Nachdem schon viele Städte (u. a. Dortmund) ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für die Bezieher von Hartz IV und kleiner Einkommen eingeführt haben, konnte sich auch die Ratsmehrheit dem nicht mehr ganz entziehen. Die Verwaltung soll die Möglichkeit nun auch in Essen prüfen. Voraussetzung aber..., es darf nichts kosten. Wenn das mal keine Mogelpackung ist.

Der OB ist uns teuer !

Laut Presseberichten erhielt OB Reiniger 2007 für seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der RWE AG eine Vergütung von 176.000,- €. Die muss er laut Erlass des Landes an die Stadt abführen. Dagegen prozessiert der OB von Neuss, deswegen erfolgt auch die Abführung von OB Dr. Reiniger seit 2005 unter Vorbehalt. In der Zwischenzeit sind Rückstellungen in der Höhe von einigen hunderttausend Euro gebildet worden, die der OB bekommt, wenn der Neusser OB seinen Prozess gewinnt. Das hat er getan, das Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

Kultur kostet, und manches immer mehr!

Teile der Weststadthalle hat die Stadt Essen im Jahr 2002 für 20 Jahre mit jährlichen Mietkosten von 183.600,- € angemietet, um sie an „Stars In Concert“ weiterzuvermieten. Die waren 2005 pleite. Ab dem Jahr 2006 sollte die Weststadthalle GmbH als Untervermieter gewonnen werden, natürlich zu einer geringeren Miete (die Stadt hätte pro Jahr zwischen 24.000,- € und 100.000,- € draufgezahlt. Auch das war dem neuen Mieter zu hoch. Ein neuer Mietvertrag sah dann städtische Zuzahlungen zwischen 60.000,- € und 165.000,- € vor. Bezahlt wurde nie, nun wurde fristlos gekündigt, die Stadt sitzt weiter auf jährliche Mietkosten von 183.600,-.

Anzeige

Ja, ich will auch ein kostenloses rotlich-Abo

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschieken an:
siehe Impressum

Wer arm ist, ist raus! Kinder in Deutschland



hier Text
zum Bild

der Text wird von Siv gekürtzt

Über 200 Gäste haben auf der Veranstaltung des DKP-Frauenarbeitskreises Essen zum Internationalen Frauentag eine hochpolitische, bunte und – trotz des ernsten Themas – fröhliche Matinee erlebt. Thema

war die Situation von Kindern in Deutschland, die in vielen Facetten beleuchtet wurde. In Referaten und Sketchen ging es um Bildung, Gewalt gegen Kinder, Jugendkriminalität, die Gesundheit von Kindern aus

Hartz-IV-Familien, Schwimmbadschließungen und vieles mehr. Alle Beiträge machten deutlich: es kann auch anders gehen, darum, Frauen, nehmt eure Kinder an die Hand, geht auf die Straße und wehrt euch!

Gewehrt hat sich auch eine rotzfreche Pippi Langstrumpf, die durch das Programm fegte und mit pffiffigen Fragen einen überheblichen Jürgen Rüttgers ins Schwitzen brachte.

Tim und Lisa, zwei hinreißende „Kindergartenkinder“ erklärten dem amüsierten Publikum mit vielen Pointen Begriffe wie „Konflikt“, „arm sein“, oder „Schwimmbad“ und ernteten begeisterten Beifall. Eine wunderbare Tanzgruppe mit jungen Laientänzerinnen bot den Gästen einen beschwingten Augen- und Ohrenschaus.

In einer Talk-Runde wurde die Situation von Kindern in Essen beleuchtet. Zwei kom-

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Auffallend freundlich war die diesjährige Berichterstattung über die Ostermärsche. Einzige verhaltene Kritik: die Themenvielfalt der Friedensbewegung. „Kein Problem“, sagt Uli Macher vom Essener Friedensforum. „Die Armeen sind weltweit im Einsatz um Einflussgebiete, Ressourcen und Macht. Das ist unser roter Faden“. Die Friedensbewegung stellt also die Frage nach dem Nutzen von Militäreinsätzen. Besonders aufdringlich stellt sie sich für uns in Afghanistan. Kein Einziges Ziel wurde erreicht. Die starke Unterdrückung der Frauen existiert ungebrochen, es wird mehr Mohn als je zuvor angebaut und da-

mit mehr Drogen hergestellt und die Taliban haben große Teile des Landes unter ihrer Kontrolle. Ganz zu schweigen von der äußerst hohen Armut großer Teile der afghanischen Bevölkerung.

Kein Wunder, dass die Bundeswehr und ihre weltweiten Einsätze der friedenspolitische Schwerpunkt in Deutschland ist. Über 3.500 Bundeswehrsoldaten sind am Krieg in Afghanistan beteiligt. Dieser Einsatz dient nur noch der Aufstandsbekämpfung. Der Widerstand aus der armen Bevölkerung wächst immer mehr. Beantwortet wird er mit noch mehr Soldaten. Ein Teufelskreis, unter dem vor allem die

Bevölkerung leidet – nicht nur in Afghanistan.

Die ungeheuren Mittel, die die Bundeswehr verschlingt, fehlen in Deutschland im sozialen Bereich. In den nächsten 10 Jahren sollen für 80 Milliarden Euro neue Kriegsgeräte angeschafft werden. 80 Milliarden, die in unsere Zukunft und die unserer Kinder tausendmal besser angelegt wären. Statt dessen rekrutiert die Bundeswehr mit immer mehr Geld und Aufwand unsere Jugend als Kanonenfutter für Afghanistan. Am Ende gewinnt nur die Kriegswirtschaft und verschlingt dabei noch gute, zivile Arbeitsplätze.

Familienatlas 2007: Essen – keine Großstadt für Kinder



Patrik Köbele
Ratsherr
der DKP

Der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene Familienatlas 2007 ordnet unsere Stadt Essen hinsichtlich der „Attraktivität der Regionen für Familien“ in die schlechteste Kategorie „zurückfal-

lende Regionen“ ein. Insgesamt schneidet Essen als eine der schlechtesten Städte im gesamten Bundesgebiet ab. Gleichzeitig beansprucht Essen für sich selbst den Titel „Großstadt für Kinder“. Zu diesem brisanten Thema haben die Initiatoren der Bürgerbegehren „Essen ist unser“ und „Masterplan Sport“ am 28.02. in die VHS eingeladen.

Von mehreren Teilnehmern wurde bemängelt, dass wichtige Faktoren nicht berücksichtigt wurden wie z. B. Migrationsthematik und HartzIV-Auswirkungen.

Patrik Köbele: „Wenn diese sozialen Komponenten mit eingerechnet würde,

hätten wir ein noch fataleres Bild vor Augen. Es gibt in Essen keinen Grund die Hände in den Schoß zu legen. Ein Teilnehmer hat die statistischen Rankings auf den Punkt gebracht: „Wenn der Durchschnitt schon miserabel ist, dann ist „überdurchschnittlich gut“ immer noch miserabel“.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Patrik Köbele, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen • Tel.: 0201/23 56 45

E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

Druck: Druckerei Helmut Große, Gladbeck

Für kostenl. rotlicht-Abo bitte Adresse mitteilen